

Schwerpunkt: Eigentum

DOI 10.1515/dzph-2014-0030

Keine Institution moderner Gesellschaften besitzt eine vergleichbare Ambivalenz wie das Eigentum. Eigentum scheint Fluch und Segen zugleich zu sein. Einerseits gehört es spätestens seit Hobbes, Locke, Kant und Hegel zu den Gewissheiten moderner Gesellschaften, dass die Sicherung der Freiheitsrechte insbesondere über die Garantie des Eigentums erfolgt. Eigentumsordnungen verkörpern basale Freiheiten und stellen die Grundlage für Persönlichkeitsbildung, menschliches Zusammenleben und politische Institutionen dar. Ausgehend von diesem freiheitlichen Eigentumsverständnis wird in den angewandten Eigentumswissenschaften, der Wirtschafts- und der Rechtswissenschaft, das Eigentum begriffen als eine marktorganisierende Rechtsform mit positiven Effekten für Investitionsschutz, wirtschaftliche Planungssicherheit und ökonomischen Tausch.

Andererseits folgte den klassischen Eigentumstheorien auf dem Fuß eine Tradition der Eigentumskritik, die von Rousseau über Proudhon und Marx bis zu Negri und Hardt reicht. Die Aufmerksamkeit gilt hier der anderen Bedeutungsnuance des Begriffs Eigentum (*dominium*): der Herrschaft. Eigentumsordnungen werden hier als Herrschaftsordnungen betrachtet, die zu Entfremdung, Ausbeutung und Freiheitsverlust führen. Impulse dieser Eigentumskritik werden aufgegriffen in jüngsten Debatten um Fragen der Nachhaltigkeit und der Allmende, des Rechts auf öffentliche Güter sowie der Reichweite des geistigen Eigentums. Auch in der verstärkt auftretenden Kultur des Sharing und Commoning oder der Enteignungskritik am Landgrabbing, das kollektive Landnutzungsrechte verletzt, bringt sich ein Bedürfnis nach Alternativen zu traditionellen Eigentumskonzepten zum Ausdruck.¹

Die Ambivalenz des Eigentums lässt sich indes handstreichartig durch ein einseitiges Entweder-Oder nicht auflösen, als gäbe es nur das traditionelle Eigentumsregime oder die Sozialphantasie eigentumsloser Gesellschaften.² Erfolgsversprechender sind zwei Strategien, die in der Eigentumsdebatte verfolgt werden. Die erste stammt von Hohfeld und Honoré und besteht darin, Eigentum als eine neutrale Rechtsinstitution aufzufassen, die sich agnostisch gegenüber normati-

1 Siehe für einen Überblick Helfrich (2012).

2 Siehe zur Ambivalenz des Eigentums neuerdings Balibar (2012).

ven Gehalten verhält.³ Zwar können bestimmte Eigentumsordnungen zuträgli- che oder abträgliche Folgen haben; diese gehen aber nicht konzeptuell aus der Eigentumsinstitution selbst hervor, sondern aus ihrer jeweiligen richtigen oder falschen Anwendung. Seine Wertneutralität verdankt Eigentum der Eigenschaft, ohne einen substantiellen Kern auszukommen. Vielmehr geht der normativ ent- kernte Eigentumsbegriff der Bündeltheorie auf in einem Aggregat („Bündel“) von eigenständigen Rechten des Gebrauchs, des Transfers, der Exklusion etc., die für sich betrachtet neutral sind. Weil dem wertneutralen Eigentum selbst keine eigene Norm innewohnt, bedarf es keiner normativen Rechtfertigungen des Eigentums; die Wirklichkeit bestehender Gesetzgebungen und Rechtssprechungen reichen deshalb aus für eine Konzeptualisierung dessen, was Eigentum bedeutet.

Die zweite Strategie knüpft an der Ablehnung substantialistischer Eigen- tumsvorstellungen an, geht jedoch über den Reduktionismus der Bündeltheorie hinaus. Eigentumsordnungen stehen aufgrund des Eigentümerrechts auf die Exklusion anderer von dem Gebrauch einer Sache unter hohem Rechtfertigungs- druck. Der reduktionistische Ansatz der Bündeltheorie reicht deshalb für eine Konzeptualisierung des Eigentums nicht aus. Stattdessen muss der Eigentums- begriff in einem normativen Konzept der Gerechtigkeit eingebettet werden, aus dem sich seine Begründung speist.⁴ Das Recht auf den Gebrauch einer Sache wird beispielsweise aus der Gerechtigkeit gemäß Leistung begründet, während das Recht auf den Transfer einer Sache eher utilitaristisch mit dem Nutzen gerecht- fertigt wird, den das Eigentum für eine effiziente Wertschöpfung insgesamt hat. So behält das Eigentum zwar die nicht-substantialistische Gestalt eines Bündels von Rechten bei; zugleich verdankt es seinen normativen Gehalt einer Typolo- gie gerechtigkeits-theoretischer Rechtfertigungen. Für diese zweite Theoriestra- tie stehen trotz unterschiedlicher, eigenständiger und teilweise opponierender Begründungsvorschläge die Arbeiten von Jeremy Waldron, Thomas Munzer, John Christman, James Penner und James Harris ein.⁵

Die Beiträge dieses Themenschwerpunktes reihen sich in die letztgenannte Tradition normativer Eigentumstheorien ein und bewerten diese zugleich neu. Für eine Neubewertung gibt es zweierlei Anlass. Zum einen bleibt in den normativen

3 Hohfeld (1919); Honoré (1961).

4 Umgekehrt schöpfen Gerechtigkeits-theorien mitunter aus dem normativen Potential der Ei- gentums-idee, etwa des Selbsteigentums (Steiner 1994) oder des Welteigentums (Risse 2012).

5 Waldron (1988); Munzer (1990); Christman (1994); Harris (1996); Penner (1997). Die Kritik am normativen Reduktionismus der Bündeltheorie vereint die Autoren; die Kontrahenten sind sich vor allem in der Frage uneins, ob Eigentum ein Rechtsverhältnis zwischen Personen (Hohfeld 1919) und das Verhältnis zu einem Objekt (James Penner) ist. Vgl. zur Debatte um die Person/ Person- oder Person/Ding-Beziehung klärend Stepanians (2005).

Theorieansätzen die ‚Macht des Eigentums‘ außer Betracht. Eigentum bildet eine Sphäre der ökonomischen Macht, kraft derer Eigentümer Einfluss auf die Politik ausüben können. Eigentumsordnungen sind nicht nur für die soziale Gerechtigkeit von Bedeutung, sondern auch für die Demokratie, die durch Eigentumskonzentrationen untergraben oder durch Eigentumsteilhabe gefördert werden kann; schon der späte Rawls macht in seiner Theorie der ‚property-owning democracy‘ auf diesen Zusammenhang aufmerksam.⁶ Eigentumsordnungen erfordern demnach auch eine demokratietheoretische Begründung. Zum anderen werden Eigentumstheorien durch den technischen Fortschritt vor neue Herausforderungen gestellt. Bereitet schon das weite Feld unterschiedlicher Rechte, Phänomene und Kulturen des Eigentums Schwierigkeiten, die konzeptuelle Einheit in der Vielheit zu bestimmen – vor welchen Verständnisschwierigkeiten stellen uns dann erst die neuen Technologien? In welche Richtung verändert die Diversifikation der Eigentumsarten unser Verständnis von der Natur und Bedeutung des Eigentums? Neue Technologien erzwingen nicht allein neue Antworten auf Sinn und Grenzen des geistigen Eigentums.⁷ Auch globalisierte Finanzmärkte, transnationale Megaunternehmen und kapitalbasierte Daseinsvorsorge werfen drängende Fragen auf und fordern eine Vergewisserung darüber heraus, was Eigentümerschaft bedeuten kann. Man denke nur an den Hochfrequenzhandel, in dem die Eigentümer in Sekundenbruchteilen wechseln, und frage sich, was es hier noch heißen kann, Eigentum an etwas zu haben.

Lisa Herzog geht in ihrem Beitrag der Frage nach den Eigentumsstrukturen insbesondere im Finanzmarkt nach. Dabei geht sie von der Annahme aus, dass Eigentumsrechte normativ von anderen Prinzipien wie Stabilität und Verteilung abhängen. Mit dieser konsequentialistischen Begründung des finanzmarktbezogenen Eigentums verfolgt sie ein doppeltes Ziel. Zum einen soll dem Versuch der Wind aus den Segeln genommen werden, nötige Reformen des Finanzsystems durch die Berufung auf das Eigentumsrecht zu blockieren. Solche Blockadestrategien stützen sich auf ein unhaltbares Eigentumsverständnis, weil es mit dem universellen Schädigungsverbot unvereinbar ist, das für alle Institutionen einschließlich des Eigentums gilt. Zum anderen bieten konsequentialistische Eigentumsordnungen einen geeigneten Hebel zur Neustrukturierung des Finanzsektors. Während Hegels Eigentumsbegründung durch personale Identität und Lockes Arbeitstheorie des Eigentums für die hoch abstrakten Produkte und Strukturen des Finanzmarktes zu kurz greifen, vermag die konsequentialistische Verknüpfung des Eigentums mit dem Verbot schädlicher Nutzung effektive Regu-

6 Rawls (2003).

7 Siehe zum geistigen Eigentum einschlägig Lever (2012).

lierungen zu begründen. Sie erschwert Banken, Risiken zu externalisieren; sie verankert die Haftung für mögliche Schäden in die Eigentumsstruktur der Produkte; und sie fördert den Vorrang der Real- gegenüber der Finanzwirtschaft. Zentral für diese Begründungsstrategie ist die Auffassung, dass die Eigentumsrechte von Institutionen aus den Rechten von Individuen zu begründen sind.

Tilo Wesche widmet sich in seinem Beitrag der Frage nach dem Junktum zwischen Eigentum und Demokratie. Welche Eigentumsordnung setzen Gesellschaften voraus, die ihr demokratisches Versprechen einlösen? Mit der Untersuchung der normativen Bedeutung von Eigentumsordnungen für Demokratien soll eine Korrektur an der Eigentumsvergessenheit zeitgenössischer Demokratietheorien vorgenommen werden. Ausgehend von einem rechtbasierten Eigentumsbegriff werden drei Bedeutungen von Freiheit unterschieden, aus denen sich Eigentum rechtfertigt. Eigentumsordnungen verdanken ihre Legitimation der materiellen, politischen und epistemischen Freiheit und nehmen die Gestalt einer Wirtschaftsdemokratie an, in der das Produktiveigentum von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern gehalten wird. In wirtschaftsdemokratischen Eigentumsordnungen nimmt das Eigentum an Unternehmen, Kapital und natürlichen Ressourcen eine Mischform von privater und gemeinschaftlicher Eigentümerschaft an, die positive Effekte für den politischen Prozess der Meinungs- und Willensbildung erzielt. Diese Annahme wird über eine immanente Begründung eingeholt, die ausschließlich auf ein freiheitliches Eigentumsverständnis zurückgreift. Anstatt Eigentum aus äußeren Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit, Demokratie oder Legitimation zu begründen, bedient sich die Eigentumsbegründung hier allein freiheitstheoretischen Argumenten. Die Freiheitsgründe, die Eigentum überhaupt rechtfertigen, sind die gleichen, die seine wirtschaftsdemokratische Ausgestaltung begründen.

Hauke Brunkhorst rekonstruiert in seinem Beitrag über Privateigentum die normativen Grundlagen eines demokratischen Sozialismus, dem zufolge das Eigentum an Produktionsmitteln unter Bedingungen einer effizienten Wirtschaftsordnung zu vergesellschaften ist. Die normativen Grundlagen werden in kritischer Abgrenzung von zwei Theorietraditionen entwickelt. Die erste Kritik richtet sich gegen die reduktionistischen Theorien ergebnisorientierter Verteilungsgerechtigkeit, die die ökonomischen wie auch politischen Erzeugungsbedingungen einer demokratischen Gesellschaft vernachlässigen. Ohne eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Eigentum der Produktionsmittel bleiben sie sowohl vom Reichtum als auch von der effektiven politischen Partizipation abgeschnitten; denn, was Letzteres betrifft, die ungleichen Eigentumsverhältnisse blockieren eine egalitäre Meinungs- und Willensbildung, indem sie Motivationen untergraben und Einstellungen verzerren. Die zweite Stoßrichtung zielt, im Rückgriff auf Hans Kelsen, gegen das Primat subjektiver Rechte gegenüber

dem objektiven Recht; denn der Begriff subjektiver Rechte des Eigentums schürt die Vorstellung von einem natürlichen Recht auf Privateigentum, das den Schein der Unveränderlichkeit erweckt und gegenüber einer Ausgestaltung durch den Gesetzgeber immun zu sein scheint. Im demokratischen Sozialismus dagegen erzeugt die Legislativgewalt die Bedingungen ihrer Ausübung selbst, indem die Eigentumsverhältnisse nach egalitären Prinzipien gestaltet werden.

In seinem Beitrag über historisches Unrecht und restitutive Gerechtigkeit behandelt Peter Niesen die Frage, ob mit dem Unrecht der Kolonialisierung restitutive Ansprüche auf Dekolonialisierung einhergehen. Ausgehend von Kants Theorie der Rechtsevolution vom Völkernaturrecht über das Völkerrecht des Übergangs zum öffentlichen Völkerrecht wird zunächst untersucht, welche Art von Unrecht kolonialiserten Völkern durch das vermeintliche Recht auf eine territoriale Bemächtigung (*prima occupatio*) zugefügt wird. Dieses Okkupationsrecht befugte Kolonialmächte scheinbar dazu, sich fremdes Territorium als provisorischen Besitz anzueignen und in einen peremptorischen Besitz zu überführen, indem sie einen Zustand politischer Herrschaft über das Territorium errichteten. Nach dem Völkernaturrecht wird durch die Okkupation weder dem annektierten Volk ein materiales Unrecht angetan, noch rechtfertigt sie Restitutionsansprüche, da solche den Naturzustand nur zementierten und den Übergang in ein öffentliches Völkerrecht erschwerten. Nach dem öffentlichen Völkerrecht wiederum lässt sich die Annexion nicht als *prima occupatio* begreifen, weil zwischen Staaten kein Erwerb von peremptorischem Besitz stattfinden kann. Allerdings lässt es das Völkerrecht des Übergangs zu, Okkupationen, die den peremptorischen Besitz Fremder verletzen, als historisches Unrecht zu beurteilen, aus dem restitutive Ansprüche erwachsen. Unter Vorbehalt der Stabilität besteht für die Kolonialmächte die Restitutionspflicht, dem kolonialiserten Volk eine staatliche Ordnung politischer Freiheit zu geben, damit es den politischen Subjektstatus erhält, der ihm die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft des öffentlichen Völkerrechts eröffnet.

Literatur

- Balibar, É. (2012), Gleichfreiheit. Politische Essays, Berlin.
- Christman, J. (1994), *The Myth of Property: Towards an Egalitarian Theory of Ownership*, New York.
- Harris, J. W. (1996), *Property and Justice*, Oxford.
- Helfrich, S., u. H.-Böll-Stiftung (Hg.) (2012), *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Bielefeld.

- Hohfeld, W. N. (1919), *Fundamental Legal Conceptions as Applied in Judicial Reasoning*, hg. v. Cook, W. W., New Haven, Conn.
- Honoré, A. M. (1961), *Ownership*, in: Guest, A. G. (Hg.), *Oxford Essays in Jurisprudence*, Oxford, 107–147.
- Lever, A. (2012) (Hg.), *New Frontiers in the Philosophy of Intellectual Property*, Cambridge.
- Munzer, S. R. (1990), *A Theory of Property*, Cambridge.
- Penner, J. (1997), *The Idea of Property in Law*, Oxford.
- Risse, M. (2012), *On Global Justice*, Princeton u. a.
- Rawls, J. (2003), *Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf*, Frankfurt am Main.
- Stepanians, M. (2005), Die angelsächsische Diskussion: Eigentum zwischen „Ding“ und „Bündel“, in: Eckl, A., u. Ludwig, B., *Was ist Eigentum? Philosophische Positionen von Platon bis Habermas*, München, 232–245.
- Steiner, H. (1994), *An Essay on Rights*, Oxford.
- Waldron, J. (1988), *The Right to Private Property*, Oxford.

PD Dr. Tilo Wesche: Universität Basel, Philosophisches Seminar, Steinengraben 5, CH-4051 Basel; tilo.wesche@unibas.ch